

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Ökologische Einheit Blauer Planet: Wille zum Überleben verbietet Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz

Auslandskurier: die Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1986) : Ökologische Einheit Blauer Planet: Wille zum Überleben verbietet Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz, Auslandskurier: die Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit, ISSN 0171-2624, Eppinger, Schwäbisch Hall, Vol. 27, Iss. 3, pp. 14-18

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112026>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Ökologische Einheit

Immer mehr Menschen bevölkern unsere Erde. Immer höher werden die Ansprüche an das Leben, immer umfangreicher die Bedürfnisse der Menschen, und um diese zu befriedigen, werden immer neue Industrien aufgebaut, die immer mehr produzieren und dabei immer mehr Rohstoffe und Energie verbrauchen. Es fallen immer mehr unerwünschte Nebenprodukte an, und die Güter von heute werden Abfall von morgen. Doch wohin mit alledem? – In die Luft, in das Wasser, auf das Land? Wie lange noch? Der AK/DK möchte nicht zurückstehen und sich auch diesem, unter den Nägeln brennenden Problem widmen. Mit diesem Heft beginnt er die neue Rubrik „Umweltschutz International“, um mit dazu beizutragen, daß unser Planet der Blaue Planet bleibt.

Blauer Planet

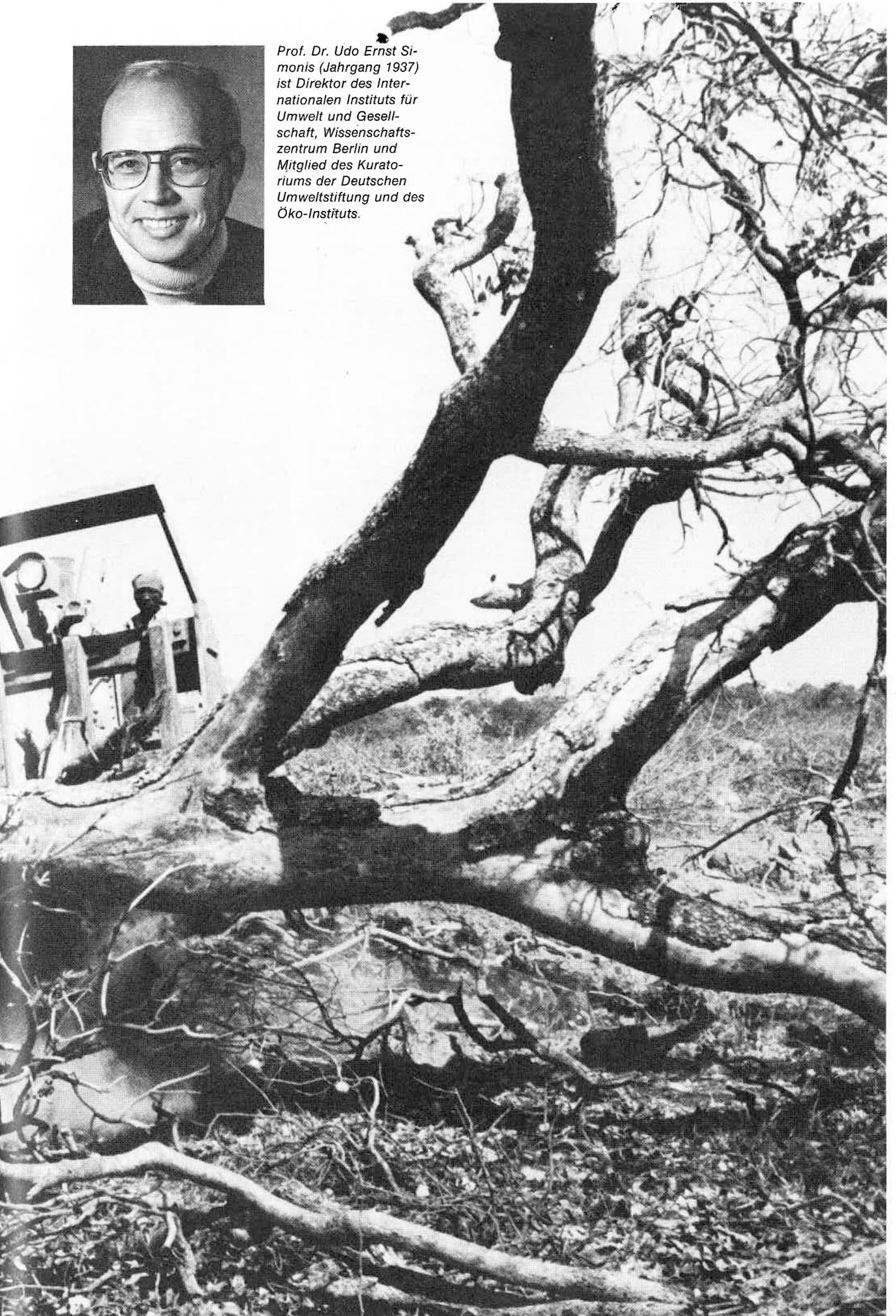
*Wille zum Überleben
verbietet Nord-Süd-Gefälle
im Umweltschutz*

Von UDO ERNST SIMONIS





Prof. Dr. Udo Ernst Simonis (Jahrgang 1937) ist Direktor des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin und Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Umweltstiftung und des Öko-Instituts.



Im letzten Jahrzehnt haben die Begriffe, mit denen die wechselseitige Abhängigkeit von „Nord“ und „Süd“, von Industrieländern und Entwicklungsländern, beschrieben werden soll, mehrfach gewechselt: „Nur diese eine Erde“, „Global 2000“, „Raumschiff Erde“, der „Blaue Planet“. Alle diese Schlagwörter aber wollen sagen, daß es für Nord und Süd inzwischen um mehr geht, als nur um sinnvolle und gerechte Arbeitsteilung – nämlich darum, von der Absicht, lediglich um des beiderseits vermehrten Wohlstandes willen zusammenzuarbeiten, zu der Einsicht zu gelangen, zugunsten der gemeinsamen Überlebensfähigkeit auch gemeinsam zu handeln.

Es sei an den zweiten Bericht der Nord-Süd-Kommission von 1983 (den sogenannten „Brandt-Bericht“) erinnert, in dem unter anderem Maßnahmen gegen die weltweite Umweltkrise als ein gemeinsames Interesse bezeichnet werden: „Wachsender Druck auf das verfügbare Land, zunehmender Einsatz von Chemikalien, Wüstenausbreitung und Entwaldung vermindern die Produktivität des Bodens in vielen Teilen der Welt. Abholzung, unvorsichtiger Gebrauch von Chemikalien und Düngemitteln und Bodenerosion zerstören das landwirtschaftliche Potential und verursachen ernste Schäden an der Umwelt. Wir unterstreichen daher den Bedarf an Mitteln, mit deren Hilfe diese Prozesse des ökologischen Verfalls gestoppt und umgekehrt werden müssen, der inzwischen das Ausmaß eines Notstandes erreicht hat.“

Auch andere Berichte aus jüngster Zeit – so zum Beispiel der erste Zehnjahresbericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) – zeugen von einem gestiegenen Bewußtsein über die wechselseitige Abhängigkeit von Ökonomie und Ökologie – und sie haben dazu beigetragen, zwei Seiten dieser Abhängigkeit deutlicher werden zu lassen: Einerseits gibt es aus einer besseren internationalen Kooperation Vorteile für alle; andererseits gibt es Nachteile für alle, wenn eine solche nicht zustande kommt. An drei Beispielen – an drei ökonomisch-ökologischen Problembereichen – im Nord-Süd-Zusammenhang sollen diese Fragen aufgezeigt werden: dem Artenrückgang, dem Schwund tropischer Wälder und der unzureichenden Umweltschutzgesetzgebung.

Diese drei Tatsachen sind vor allem in den Entwicklungsländern anzutreffen und werden von vielen Menschen im Norden lediglich als „ferne Probleme des Südens“ begriffen. Umgekehrt aber erkennen viele Menschen im Süden, daß nicht wenige Umweltprobleme vom Norden direkt verursacht oder indirekt ver-

mittelt werden – direkt durch wirtschaftliche Interessen, indirekt durch Wissens- und Technologietransfer. Daß es sich dabei um „gemeinsame Probleme“ handeln könnte, für die gemeinsam nach tragbaren Lösungen gesucht werden muß, mag für viele in Nord und Süd neu sein; dies ist jedoch die Herausforderung: Das Umweltproblem, die Ökologiefrage muß Bestandteil des Nord-Süd-Dialogs werden.

Rückgang der Artenvielfalt und rapider Schwund tropischer Wälder

Etwa 25000 Pflanzenarten und mehr als 1000 Tierarten sind vom Aussterben bedroht. Etwa zwei Drittel aller und die Mehrzahl der gefährdeten Arten finden sich in den Entwicklungsländern; die Tropenwälder allein beheimaten etwa 40 Prozent aller Arten. Durch den Rückgang der Artenvielfalt wird auch die Qualität der verbleibenden Arten beeinträchtigt. So haben beispielsweise viele wichtige Nutzpflanzen in den Industrieländern eine nur beschränkte genetische Basis. Der Verlust an Arten in Entwicklungsländern reduziert entsprechend die Möglichkeiten, die Nutzpflanzen in den Industrieländern zu stabilisieren beziehungsweise deren Ertragsfähigkeit zu steigern. Viele medizinische und pharmazeutische Produkte in Industrieländern beruhen direkt oder indirekt auf der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern: So werden zum Beispiel rund 40 Prozent der verwendeten Heilmittel ganz oder teilweise aus natürlichen Produkten gewonnen, die wiederum zum großen Teil aus Entwicklungsländern stammen. Auch das Innovationspotential – und damit die ökonomische Zukunft – die Bio-Technologie ist auf genetische Reserven aus Entwicklungsländern angewiesen.

Trotz dieser offensichtlichen wechselseitigen Beziehungen zwischen Ökologie und Ökonomie schreitet der endgültige Verlust an Arten weltweit weiter voran. In den Industrieländern hat man inzwischen das Problem erkannt und erste Schritte zu seiner Lösung eingeleitet. In den Entwicklungsländern aber fehlt es nicht allein an Wissen und Know-how; es fehlt auch an ökonomisch realisierbaren Alternativen – und es fehlt vor allem an Anreizen zum Schutz der Arten.

Die Entwicklungsländer haben offensichtlich zu wenig ökonomische Vorteile, die damit verbunden sein müßten, wenn die heimische Artenvielfalt durch die Industrieländer genutzt wird. Hieraus wiederum resultiert ein zu geringes Interesse der Entwicklungsländer am langfristigen Artenschutz. Ein wenig ausgeprägtes Langfristdenken und die Überle-

benslogik des Alltags kommen hinzu. So fehlt ein Glied in der Kette zwischen der ökonomisch sinnvollen Nutzung und dem Schutz der naturgegebenen Rohstoffquellen. Einmal genutzt beziehungsweise exportiert, ist der Wert der natürlichen Ressourcen dahin, eine Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie in den Entwicklungsländern findet nicht statt und ist noch nicht Ziel nationaler Entwicklungspolitik.



Bereits 40 Prozent der tropischen Wälder, wie hand schon vernichtet und verschwunden.

Aus vielen neueren Studien geht hervor, daß die tropischen Wälder in einem Ausmaß und einer Art und Weise genutzt, ja ausgebeutet werden, die ökologisch und ökonomisch nicht zu rechtfertigen ist. Bereits 40 Prozent aller ehemaligen tropischen Waldbestände sind verschwunden. Die jüngsten Schätzungen über den ständigen Schwund der Waldbestände liegen zwischen 7,6 und 11 Millionen Hektar jährlich – und wenn man die qualitative Verschlechterung der Waldbestände einschließt, kommt man auf 20 Millionen Hektar jährlich. Demgegenüber werden zur Zeit nur etwa 10 Prozent der Flächen, die man abholzt, wieder aufgeforstet. Betriebswirtschaftlich gesehen, sollen diese Abholzungs- und Nutzungsaktionen die Ertragslage kurzfristig verbessern; volkswirtschaftlich gesehen, sollen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und eine stabilisierte Zahlungsbilanz erreicht werden; weltwirtschaftlich gesehen, entspricht dem damit einhergehen-

den Süd-Nord-Transfer an Natur-Kapital ein bestimmter Nord-Süd-Transfer an Geld-Kapital, das heißt monetärem Einkommen. Wie sich jedoch dieses Einkommen endgültig verteilt, ist unbestimmt, da multinationale Konzerne, Zwischenhändler und Kapitalflucht mit im Spiel sind, so daß nicht definitiv gesagt werden kann, ob und in welchem Umfang diese Art des Wirtschaftens den Entwicklungsländern wirklich zugute



dieser am Amazonas, sind durch Menschen-

Foto: dpa

kommt. Definitiv aber ist der Verlust an Naturbeständen!

Formen und Gründe des Raubbaus am Wald sind von Region zu Region und von Land zu Land verschieden. Weltweit betrachtet, hat man die Quote des Holzeinschlags in tropischen Wäldern, der auf Brennholz und Holzkohleproduktion einerseits und industrielle Verwendung andererseits entfällt, auf 4:1 geschätzt. In einigen Ländern jedoch steht der Export in die Industrieländer im Vordergrund, das heißt, die natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer werden für unsere Zwecke genutzt. Daneben ist der Energiebedarf zu nennen. Die zunehmende Knappheit an Brennholz ist in vielen Ländern Asiens und Afrikas stellenweise längst zur Brennholzkrise geworden.

Kurzsichtige ökonomische Entscheidungen können weitreichende ökologische Auswirkungen zeitigen: Erosion, Überschwemmung, Klimaveränderung, Versalzen von Bewässerungssystemen

und hydroelektrischen Anlagen. Dadurch schließlich wird nicht nur die Exportfähigkeit gefährdet, sondern gar die Überlebensfähigkeit vor Ort.

Angesichts solcher Tendenzen werden lokale und nationale Praktiken des Holzverbrauchs zu globalen Problemen. Um so dringender ist es, ein einfaches traditionelles ökologisches Prinzip der Holzwirtschaft weltweit wiederzuentdecken und strikt zu beachten: nämlich nicht mehr Holz einzuschlagen als nachwächst!

So einfach die Anwendung dieses Prinzips unter normalen ökonomischen Bedingungen erscheinen mag, so schwierig wird es, wenn die ökonomischen Grundbedürfnisse nicht erfüllt sind, zu denen Nahrung und Wohnung (Essen kochen und Heizen) gehören. In vielen Entwicklungsländern reduziert also kurzfristige Entscheidungsnot die langfristige Entscheidungsfähigkeit: Wird der Wald verstärkt genutzt, um den Energiebedarf in Form von Brennholz und Holzkohle kurzfristig zu sichern, gefährdet dies langfristig das Überleben im Rahmen der lokal verfügbaren Rohstoffbasis. Die Wälder für den verstärkten Holzexport abzuholzen, um kurzfristig die Handelsbilanz zu stabilisieren, gefährdet langfristig die Exportfähigkeit des Landes auf diesem Sektor.

Das Beispiel des Raubbaus an den tropischen Wäldern macht auch einen anderen Zusammenhang deutlich: Die Summe der Umweltschutzmaßnahmen in einzelnen Ländern ist kein hinreichender Ansatz, Umweltprobleme im Weltmaßstab zu lösen. Nationale Umweltpolitik allein, wie beispielsweise der Schutz des Waldes in den Industrieländern oder der angestrebte Stop des Waldsterbens hier in der Bundesrepublik, genügt nicht. Erfolg oder Mißerfolg der Umweltpolitik ist nicht innerhalb nationaler Grenzen meßbar, weil die meisten Umweltprobleme nicht an der Grenze haltmachen. Rasches und gemeinsames Handeln ist gefordert. Die Weltbank schätzt, daß acht Milliarden Dollar aufgewendet werden müßten, um den Schwund der tropischen Wälder aufhalten zu können. Diese Mittel müßten aber aufzubringen sein, wenn und in dem Maße, wie man erkennt, daß die Industrieländer und die Entwicklungsländer hier ein gemeinsames Interesse haben.

Unzureichende Umweltschutzgesetzgebung

Im letzten Jahrzehnt stammte, insgesamt gesehen, fast die Hälfte aller industriellen beziehungsweise industrienahen Investitionen in der Dritten Welt nicht aus den Entwicklungsländern selbst; sie waren

vielmehr extern vermittelt, im wesentlichen über multinationale Unternehmen. Ein großer Teil dieser ausländischen Investitionen bezog sich darauf, natürliche Ressourcen (Brennstoffe, Mineralien, Holz, Fisch usw.) auszubeuten, die jedoch wiederum zum Großteil in den Industrieländern verbraucht werden. Zudem siedelten sich in verstärktem Maße nur ganz bestimmte Industrien in den Entwicklungsländern an. Diese Tendenz zeigte sich bei einigen traditionellen industriellen Großverschmutzern wie Stahl, Aluminium, Asbest, Chemikalien besonders deutlich. Trotzdem ist die Frage strittig, ob bei solchen Standortentscheidungen die Unterschiede in den

150 Mio. DM gegen Ausbreitung von Wüsten

Auf der Internationalen Konferenz über Wälder und Bäume (SILVA) am 5. Februar in Paris hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl nachdrücklich dafür ausgesprochen, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes zu verstärken. Wie er versprach, will die Bundesregierung 150 Mio. DM in den nächsten fünf Jahren allein für forstliche Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Wüsten bereitstellen.

Umweltstandards und den Umweltschutzbestimmungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern der entscheidende Faktor sind, weil noch andere, wie die Verfügbarkeit von Rohstoffen, die Größe des Binnenmarktes und Lohn-, Energie- und Transportkosten mit hineinspielen. Auffallend ist indessen, daß die Entwicklungsländer dem industriellen Umweltschutz keinen hohen Rang beimaßen, wenn mit multinationalen Unternehmen Vereinbarungen ausgehandelt wurden. Ein Beleg hierfür ist nicht nur Bhopal. Steuern, Devisenkontrollbestimmungen, Beschäftigungsgarantien und Technologietransfer waren stets bedeutsamere Themen als Umwelt- und Menschenschutz. Die meisten der bisherigen Vereinbarungen zwischen Entwicklungsländern und multinationalen Unternehmen enthalten entweder gar keine oder nur begrenzte Bestimmungen zum Schutz der natürlichen Umwelt.

Um so mehr besteht ein Handlungsbedarf, die Umweltstandards international anzupassen – und zwar nicht nur im regionalen grenzüberschreitenden Bereich, wie zum Beispiel im Falle des Abgaskatalysators in Westeuropa oder zum West-Ost-Zusammenhang, was die transnationale Luftverschmutzung betrifft. Was den Nord-Süd-Zusammenhang angeht, so besteht für die Entwick-

lungsländer ein drohendes Problem darin, wegen niedriger Umweltstandards bei der Produktion die Absatzchancen für ihre Produkte in Industrieländern zu verlieren beziehungsweise erst gar nicht zu erhalten. Da bei einer effektiver werdenden nationalen Umweltpolitik der Industrieländer ein Risiko im Import von Umweltproblemen aus dem Ausland liegt – wie zum Beispiel im Re-Import des bei uns verbotenen DDT über die Einfuhr von Nahrungsmitteln – wird der Druck in Richtung einer aktiven Umweltpolitik in Entwicklungsländern auch aus diesen Gründen zunehmen. Das sind Belege genug für die wechselseitige ökologische Abhängigkeit von Nord und Süd, die über die bestehende ökonomische Verflechtung vermittelt wird.

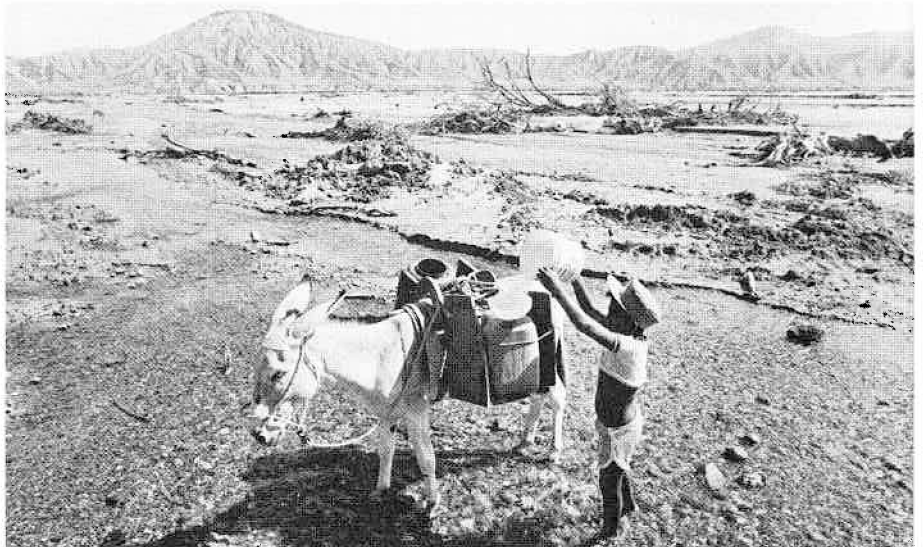
In einem gemeinsamen Bericht von UNCTAD und UNEP über den Zusammenhang von Umwelt und Außenhandel werden unter anderem folgende Vorschläge gemacht:

- Die Regierungen rohstoffreicher Entwicklungsländer sollten alsbald eine Umweltgesetzgebung aufbauen
- In allen Verträgen über die Nutzung natürlicher Rohstoffe in Entwicklungsländern sollten Gesichtspunkte des Umweltschutzes berücksichtigt werden
- Ressourcenabbau und -export sollten stärker besteuert werden; mittels dieses Steueraufkommens könnten dann Maßnahmen ergriffen werden, die schon vorhandenen beziehungsweise zukünftig entstehenden Umweltschäden zu beheben.

Werden die Zusammenhänge zwischen ökonomischen und ökologischen Problemen in Entwicklungs- und Industrieländern allgemein besser erkannt, dann schafft das zugleich „gemeinsame Interessen“ zwischen Nord und Süd. Es gilt, diese Erkenntnis mehr und besser als bisher zum Gegenstand internationaler Diskussion zu machen.

Ohne Zweifel werden Ernsthaftigkeit und Intensität, mit denen dieses Thema behandelt wird, abhängig sein vom jeweiligen Zeithorizont der Beobachter, den „teleskopischen Fähigkeiten“ der Beteiligten: Je weiter der Zeithorizont, um so deutlicher wird der enge Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung, von Ökologie und langfristiger Überlebensfähigkeit – um so klarer dürfte aber auch werden, daß die Trennung in Erste, Zweite und Dritte Welt aus ökologischer Sicht verfehlt ist. Der „Blaue Planet“ muß als eine ökologische Einheit begriffen werden. Ein ökologisches Nord-Süd-Gefälle kann sich die Menschheit nicht länger leisten. ■

Dieser Beitrag beruht auf einem Vortrag in der Reihe „Lebendige Wissenschaft“ des Süddeutschen Rundfunks, gesendet am 12. Januar 1986.



Weniger als ein Drittel der Bevölkerung in den ärmeren Entwicklungsländern hat wie dieser Junge in den Hochanden Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Foto: Center Press